

# Erweiterter Kampf für Menschenrechte

*50 Jahre Amnesty International – stärkerer Einbezug der wirtschaftlichen und sozialen Rechte*

1961 zum Schutz politischer Gefangener gegründet, hat Amnesty International das Engagement auf die Sozialrechte ausgedehnt. Die Schweizer Sektion will mehr zum Aufbau der Bewegung in Schwellenländern beitragen.

C. W. · Am Ursprung der Aufstände in Nordafrika stand die Selbstverbrennung eines Tunesiers, der nach dem Studium keine Arbeit gefunden, es mit einem Früchte- und Gemüsestand versucht hatte und dem mangels Bewilligung die Ware beschlagnahmt worden war. Das zeige beispielhaft, wie Armut, fehlende Meinungsäusserungsfreiheit und polizeiliche Repression zusammenhängen, sagt Manon Schick, seit März Geschäftsleiterin von Amnesty International Schweiz, im Gespräch. Deshalb betone die Organisation, deren

50-jähriges Bestehen auch die Delegiertenversammlung der Landesektion an diesem Wochenende prägt, immer mehr die Unteilbarkeit der Menschenrechte, also der Freiheitsrechte einerseits, der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte andererseits.

## Ein Schwerpunkt im Süden

Die Sozialrechte – in der Bundesverfassung «Sozialziele» – sind ein weites Feld. Darauf will sich Amnesty nicht verlieren – eine Organisation, die sich mit Kernforderungen wie Freilassung gewaltfreier Gewissensgefangener und Abschaffung von Todesstrafe und Folter klar profiliert hat. Es gehe um die Bekämpfung krasser Rechtsverletzungen, erläutert Manon Schick, besonders in Entwicklungsländern. Natürlich könnten Missstände mit dem Mangel an Ressourcen zusammenhängen, und Amnesty werde weiterhin keine Spitäl-



«Die Menschenrechte bilden eine Einheit.»

**Manon Schick**  
Geschäftsführerin Amnesty International Schweiz

ler bauen. Aber wenn in Nicaragua vergewaltigte Frauen auf gefährliche Weise abtreiben lassen müssten, liege es an einem rigiden Gesetz. In Burkina Faso und Sierra Leone wurden gemeinsam mit Entwicklungsorganisationen Kampagnen für einen besseren Zugang zu Gesundheitsdiensten bei der Geburt und damit zur Verminderung der Müttersterblichkeit durchgeführt.

Ein Schwerpunkt liegt im Widerstand gegen die Zwangsräumung von

Slumsiedlungen ohne Vorinformation und angemessenen Ersatz, zum Beispiel in Nairobi oder in Phnom Penh. Unternehmen sind die Adressaten des Protests, wenn sie beim Rohstoffabbau die Ansprüche der ansässigen Bevölkerung missachten. Im Fall eines Industrieprojekts im Gebiet einer indigenen Gruppe in Orissa (Indien) zeitigte nicht zuletzt die typische Amnesty-Methode einer Massenbriefaktion Erfolg.

## Schulung und Solidarität

In der Schweiz setzt sich Amnesty für die Ratifikation der Europäischen Sozialcharta ein und beteiligt sich an der Diskussion über eine Anti-Armutsstrategie. Sonst gilt das Engagement, sofern es das eigene Land betrifft, weiterhin mehr den klassischen Grundrechten, speziell jenen von Asylsuchenden und Migrantinnen ohne Bewilligung. Die Menschenrechte und ihr völker-

rechtlicher Schutz werden namentlich von der SVP gerne relativiert und in einen Gegensatz zur Demokratie gestellt, während sie vielmehr auch deren Basis sind. Das ist für Amnesty Schweiz ein Grund, mit der Vermittlung von Wissen über Menschenrechte, etwa in Schulen und Vereinen, nicht nachzulassen. Das neue Kompetenzzentrum für Menschenrechte könnte nach Ansicht von Schick mit einer Analyse der Lage zur Sensibilisierung beitragen.

Mit fast 50 000 Mitgliedern, einigen tausend Freiwilligen für Briefaktionen und Kampagnen, 37 Mitarbeiterstellen und einem Budget von 15 Millionen Franken steht die Schweizer Sektion gut da. Ein weiteres Wachstum soll nun der Gesamtbewegung zugutekommen, die schon jetzt 4 Millionen Franken erhält. Konkret wären zum Beispiel die erst kleinen Amnesty-Organisationen in Indien oder Brasilien zu stärken, damit sie vermehrt selber aktiv werden können.